

Frau
Silke Hansmann
LandesAStenKonferenz Niedersachsen
c/o AStA Universität Göttingen
Goßlerstraße 16 a
37073 Göttingen

Ulf Thiele MdL
Generalsekretär

243. August 20122
UT-m

Per Email: aussen@asta.uni-goettingen.de

Sehr geehrte Frau Hansmann,

herzlichen Dank für die Übersendung des Wahlprüfsteins der LandesAStenKonferenz Niedersachsen zur Landtagswahl 2013. Bezug nehmend auf das Regierungsprogramm 2013-2018, beraten und beschlossen beim Landesparteitag am 12./13. Oktober 2012, beantworte ich Ihre Fragen nach einer kurzen Vorbemerkung wie folgt:

Für Studienbeiträge sprechen folgende Gründe:

- Studienbeiträge verbessern spürbar die Lehr- und Studienbedingungen, insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der doppelten Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht.
- Durch Studienbeiträge können mehr Lehrpersonal eingestellt werden; durch die erhöhte Betreuungsintensität der Studierenden fördert die Reduzierung der Abbrecherquote.
- Zuwachs an Lehr- und Lernqualität bedeutet einen erheblichen Standortvorteil; Entwicklung größerer Chancen im nationalen und internationalen Wettbewerb.
- Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Hochschulbereich und des Austauschs zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen.

- Sozial gerecht: Hochschulen werden von allen Steuerzahlern finanziert; deshalb ist es gerecht, wenn diejenigen, die persönlich davon profitieren, zumindest auch einen kleinen Teil dazu beitragen.
- In vielen anderen Industrieländern gehören Studienbeiträge zur Normalität.
- Ein abgeschlossenes Studium führt in der Regel zu einem höheren Einkommen als eine Ausbildung ohne Studium.

II. Wahlprüfsteine

1. Wie positionieren Sie sich zu Bildungsgebühren im Allgemeinen und zu Studiengebühren im Speziellen?

Die CDU in Niedersachsen sieht Studienbeiträge als Notwendigkeit, um Studierenden durch bessere Lehr- und Studienbedingungen einen nationalen und internationalen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen und wird die Studienbeiträge beibehalten.

Bei der Einführung der Studienbeiträge hat das Land Niedersachsen das Förderprogramm Studienbeitragsdarlehen aufgelegt, um die Sozialverträglichkeit der Studienbeiträge zu gewährleisten. Damit ist gewährleistet, dass die Erhebung von Studienbeiträgen Studieninteressierte nicht an der Aufnahme eines Studiums und Studierende nicht an dessen Fortsetzung hindert. In den Fällen, in denen kein Anspruch auf ein Studienbeitragsdarlehen besteht, ist von den Hochschulen im Rahmen einer Einzelfallprüfung zu entscheiden, ob durch die Entrichtung des Beitrags für den Betroffenen außergewöhnlich schwerwiegende Nachteile entstehen, die über die eigentliche Zahlung des Beitrags hinausgehen, so dass es zur Wahrung der Einzelfallgerechtigkeit geboten ist.

Der Zukunftsvertrag II garantiert, dass die Einnahmen aus Studienbeiträgen den Hochschulen zusätzlich und außerhalb des Landeshaushalts zweckgebunden für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen zur Verfügung stehen. So wird der größte Anteil der Studienbeiträge, etwa 60 Prozent, für zusätzliches Personal aufgewendet. Die Hochschulen haben sich dabei verpflichtet, die Studierenden bei den Entscheidungen über die Verwendung der Einnahmen aus Studienbeiträgen maßgeblich zu beteiligen und die Hochschulöffentlichkeit kontinuierlich zu informieren.

Seit Einführung der Studienbeiträge konnten rund 460 Mio. € zusätzlich in die Hochschullehre investiert werden. Daneben investiert das Land durchschnittlich etwa ein Drittel mehr in die Ausbildung der Studierenden als die anderen Bundesländer.

2. *Was verstehen Sie unter einer guten und gerechten Bildungspolitik?*

Eine gute und gerechte Bildungspolitik nimmt die Verantwortung für die jungen Generationen wahr, denn Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. Bildung sichert Chancen für alle. Ein chancengerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem ist daher die Grundlage, um Wohlstand zu sichern. Die soziale Herkunft junger Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Bildung muss Aufstieg und Zukunftsperspektiven ermöglichen. Unabhängig vom Elternhaus müssen jedem Kind und Jugendlichen beste Bildungschancen ermöglicht werden.

Der Fortsetzung des Dialoges mit der LandesAstenkonferenz über gute Studienbedingungen in Niedersachsen sieht die CDU in Niedersachsen mit Freude entgegen.

Mit freundlichen Grüßen